

Dringliche Anfrage (§ 68 GeoLT)

eingbracht am 28.11.2023, 19:45:39

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Regierungsmitglied(er): Landesrätin Mag. Ursula Lackner

Betreff:

A9: Verkehrslösungen mit Weitsicht statt altes Denken!

Es ist wenig überraschend, dass eine Koalition aus ÖVP und SPÖ in der Verkehrspolitik auf eingeübte Reflexe aus einer vergangenen Zeit zurückgreift: Mehr Autos und LKWs führen zum Ruf nach mehr Straße - und das im bereits jetzt dichtesten Straßennetz Europas! Stau auf der Autobahn wird nun mit einem „Mehr“ an Autobahn beantwortet. So wollen es der Landeshauptmann und sein Stellvertreter.

Mehr Angebot schafft dann noch mehr Nachfrage. Und so geht es in einer Endlosschleife weiter. Das ist so zukunftsvergessen wie eindimensional. In diesem alten Denken wird gar nicht erst nach anderen Lösungen gesucht. Es wird nicht versucht zu gestalten, wie etwa die außer Kontrolle geratene Verbauung der Steiermark einzudämmen oder das Steierische Gesamtverkehrskonzept aus dem Jahr 2008 zu überarbeiten.

Das alte Denken von Landeshauptmann Drexler und seinem Stellvertreter überrascht wenig. Es überrascht aber doch sehr, dass die für Raumordnung und Umwelt zuständige Landesrätin zu dieser alten Politik ihrer Regierungskollegen bis jetzt schweigt. So als ob eine sechsspurige Autobahn mit Raumordnung, Bodenschutz und Umwelt nichts zu tun hätte.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, wohin das ständige Mehr an Straße führt – alle von uns kennen es aus eigener Beobachtung: Ein neues Straßenstück wird gebaut und neue Lagerhallen siedeln sich links und rechts an. Ein Logistikzentrum hier, ein Fachmarkzentrum dort. Mit etwas Abstand entstehen weitere Streusiedlungen. Fruchtbarer, gesunder Boden geht für immer verloren. Immer mehr Arten kommen massiv in Bedrängnis und unsere Ernährungssouveränität wird - trotz ständiger Lippenbekenntnisse - aufs Spiel gesetzt. Für die immer dringlichere Klimawandelanpassung sind diese Flächen dann dauerhaft verloren. Dafür kommt es zu einem Mehr an Verkehr.

Und wie berücksichtigt die in Auftrag gegebene Studie der Landesregierung diese Faktoren? Gar nicht. Denn es handelt sich nach der expliziten Feststellung der Studienautor:innen lediglich um eine Verkehrsuntersuchung und „ist nicht mit einem Umweltbericht gleichzusetzen, bei dem weitergehende umweltrelevante Kennwerte zu ermitteln sind.“

Überlegungen, welche Maßnahmen man auf raumplanerischer Ebene ergreifen könnte, um der Verkehrsexpansion Einhalt zu gebieten? Fehlanzeige. Zusätzliche, innovative Konzepte für den öffentlichen Verkehr? Fehlanzeige. Bodenschutz, Ernährungssicherheit? Fehlanzeige. Im Jahr 2023 eine Studie in Auftrag zu geben, die "nur die verkehrlichen Wirkungen" enthält, ohne Folgen für Boden, Umwelt, Artenschutz, Ernährungssicherheit und Klimawandelanpassung zu betrachten, ist an Ignoranz fast nicht zu überbieten.

Ja, nachhaltige Lösungen zu entwickeln kann anstrengend sein. Aber es ist die Aufgabe der Landesregierung, nicht die Fehler der Vergangenheit weiterzuführen, sondern eine gute Zukunft aktiv mitzugestalten – auch oder gerade wenn es einmal schwierig wird.

Es wird daher folgende

Dringliche Anfrage

gestellt:

1. Waren Sie als Landesrätin für Raumordnung und Umweltschutz in die Entscheidung zur Beauftragung der A9-Studie eingebunden?
2. Wenn ja, welche Schritte haben Sie gesetzt, um Aspekte des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in die Aufgabenstellung einzubringen?
3. Wenn nein, wann haben Sie von der Beauftragung der Studie erfahren?
4. Welche Schritte haben Sie daraufhin gesetzt, um Aspekte des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in die Beauftragung einzubringen?
5. Wie beurteilen Sie als für Raumordnung und Bodenschutz zuständige Landesrätin den Inhalt des Ergebnisberichtes vom 20.11.2023?
6. Werden Sie eine umfassende Prüfung des Ergebnisberichtes vom 20.11.2023 aus Sicht des Bodenschutzes, der Raumordnung und des Umweltschutzes in Auftrag geben?
7. Welche Auswirkungen hätte der Ausbau der A9 auf 6 Fahrspuren auf den Bodenschutz?
8. Wie viele Grundstücke mit welcher derzeitigen Nutzung wären durch den Ausbau der A9 auf 6 Spuren betroffen?
9. Welche Auswirkungen hätten Verbauungen entlang der Ausbaustrecke auf den Bodenschutz?
10. Welche Auswirkungen hätten Verbauungen entlang der Ausbaustrecke auf Ihre Planungen als verantwortliche Landesrätin für Raumordnung?
11. Stimmt die im Ergebnisbericht vom 20.11.2023 angenommene zukünftige Raumentwicklung im Prognoseszenario 2040, die eine massive Bebauung der Region südlich von Graz vorsieht, mit den Planungen des Landes überein?
12. Wenn nein, was werden Sie tun, um den raumplanerischen Entwicklungen des Prognoseszenarios entgegenzusteuern?
13. Sind Sie mit LRin Simone Schmiedtbauer in Kontakt getreten, um die Auswirkungen des Ausbaus und des beschriebenen Prognoseszenarios auf die Ernährungssicherheit zu beurteilen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Unterschrift(en):

LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne)